

SAARLAND

Der Minister für Wirtschaft

E/3 - 28 F/B 20

A.Z.: Tgb.Nr. 520/91 Ri/He

6600 S A A R B R Ü C K E N, den 22.05.91
Abteilung E - Landwirtschaft
Rußhütter Straße 8a
Postfach 1010
Telefon (0681) 7539-0126
Durchwahl über 7539/.....
Telefax (0681) 753946

Flurbereinigung

Stadt St. Wendel
Stadtteil Bliesen

Landkreis

St. Wendel

I. FLURBEREINIGUNGSBESCHLUSS

1. Anordnung der Flurbereinigung

Nach §§ 1, 4 und 37 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Februar 1991 (BGBl. I S. 405), wird die Flurbereinigung von

B l i e s e n

angeordnet.

Die Anordnung gilt für das in der Gebietskarte im Maßstab 1 : 10 000 dargestellte und vom Ministerium für Wirtschaft am heutigen Tage festgestellte Flurbereinigungsgebiet.

2. Flurbereinigungsgebiet

Das Flurbereinigungsgebiet umfaßt die gesamte Gemarkung von Bliesen.

3. Name und Sitz der Teilnehmergeinschaft

Die Eigentümer der zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücke sowie die den Eigentümern gleichstehenden Erbbauberechtigten bilden gemäß § 16 FlurbG die Teilnehmergeinschaft. Sie entsteht mit dem Flurbereinigungsbeschluß und ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie führt den Namen

"Teilnehmergeinschaft der Flurbereinigung von Bliesen"

und hat ihren Sitz in St. Wendel - Stadtteil Bliesen, Landkreis St. Wendel. Sie untersteht der Aufsicht des Bodewirtschaftsamtes St. Wendel.

4. Aufforderung zur Anmeldung unbekannter Rechte

Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, sind innerhalb von 3 Monaten nach dem Zeitpunkt dieser öffentlichen Bekanntmachung bei der Flurbereinigungsbehörde, dem Bodewirtschaftsamt St. Wendel, Am Wirthembösch 5 - 13, anzumelden.

Werden Rechte erst nach Ablauf dieser Frist angemeldet oder nachgewiesen, so kann die Flurbereinigungsbehörde die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist (§ 14 FlurbG).

5. Zeitweilige Einschränkung des Eigentums

5.1 Von der Bekanntgabe des Flurbereinigungsbeschlusses bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes gelten folgende Einschränkungen (§ 34 FlurbG):

- a) In der Nutzungsart der Grundstücke dürfen ohne Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde nur Änderungen vorgenommen werden, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören.
- b) Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen dürfen nur mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden.

- c) Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze dürfen nur in Ausnahmefällen, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden, mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde beseitigt werden.
- 5.2 Von der Bekanntgabe des Flurbereinigungsbeschlusses bis zur Ausführungsanordnung bedürfen Holzeinschläge, die den Rahmen einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung übersteigen, der Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde; die Zustimmung darf nur im Einvernehmen mit der Forstaufsichtsbehörde erteilt werden (§ 85 Nr. 5 FlurbG).
- 5.3 Das gleiche Verfahren gilt für die Erstaufforstung von Flächen, die aus der landwirtschaftlichen Nutzung ausgeschieden sind oder ausscheiden sollen.
- 5.4 Sind entgegen den Vorschriften zu Ziffer 5.1 a) und b) sowie 5.3 Änderungen vorgenommen oder Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Flurbereinigungsverfahren unberücksichtigt bleiben. Die Flurbereinigungsbehörde kann den früheren Zustand gemäß §§ 34 und 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen den Vorschriften zu 5.1 c) vorgenommen worden, so muß die Flurbereinigungsbehörde Ersatzpflanzungen auf Kosten des Veranlassers vornehmen lassen.

Sind Holzeinschläge entgegen den Vorschriften zu Ziffer 5.2 vorgenommen worden, so kann die Flurbereinigungsbehörde anordnen, daß derjenige der das Holz gefällt hat, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Anweisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

Zu widerhandlungen gegen die nach 5.1 b) und c) sowie 5.2 getroffenen Anordnungen sind gemäß § 154 Abs. 1 FlurbG ordnungswidrig. Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu tausend Deutsche Mark geahndet werden.

Im übrigen gelten die Bestimmungen des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Mai 1988 (BGBl. I S. 606), entsprechend.

6. Auslegung des Beschlusses

Ein Abdruck dieses Beschlusses mit Begründung und Gebietskarte liegt zur Einsichtnahme für die Beteiligten zwei Wochen lang - vom ersten Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung dieses Beschlusses - bei dem Bürgermeister in St. Wendel und dem Ortsvorsteher in Bliesen aus.

7. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Flurbereinigungsbeschluß kann binnen zwei Wochen nach dem Tag seiner öffentlichen Bekanntmachung Klage beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz - Senat für Flurbereinigung - Deinhardplatz 4, 5400 Koblenz, schriftlich erhoben werden (§§ 140 und 142 FlurbG, § 190 Abs. 1 Nr. 4 VwGO).

Die Klage muß spätestens am letzten Tag der Frist beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz - Senat für Flurbereinigung - eingehen. Fällt das Ende der Frist auf einen Sonntag, einen allgemeinen Feiertag oder einen Sonnabend, so endet die Frist mit Ablauf des nächsten Werktages. Falls die Frist durch das Verschulden eines Vertreters oder Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so wird dessen Verschulden dem Kläger selbst zugerechnet (§ 134 Abs. 4 FlurbG).

Die Klage ist gegen das Ministerium für Wirtschaft, Hardenbergstraße 8, 6600 Saarbrücken, zu richten.

Die Anfechtungsklage muß den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden. Die Klage und die weiteren Schriftsätze sollen in dreifacher Ausfertigung eingereicht werden.

II. HINWEISE ZUM FLURBEREINIGUNGSBESCHLUSS

1. Aufforderung zur Grundbuchberichtigung

Die Angaben über Rechtsverhältnisse an den Grundstücken erhebt das Bodenwirtschaftsamt aus dem Grundbuch. Um Nachteile zu vermeiden, wird den Grundbesitzern dringend empfohlen, die Eintragungen im Grundbuch zu überprüfen und erforderliche Berichtigungen zu beantragen. Dazu genügt es in der Regel, den Grundbuchämtern die entsprechenden Urkunden, wie Erbschein, Erbvertrag, Testament, Zuschlagsbeschluß oder Enteignungsbeschluß, vorzulegen.

Grundbucheinsicht und Auskünfte sind geführenfrei. Für die Berichtigung des Grundbuchs sind in bestimmten Fällen gebührenrechtliche Vergünstigungen vorgesehen.

2. Betreten der Grundstücke

Die Beauftragten der Flurbereinigungsbehörde sind berechtigt, zur Vorbereitung und zur Durchführung des Flurbereinigungsverfahrens Grundstücke zu betreten und die nach ihrem Ermessen erforderlichen Arbeiten auf ihnen vorzunehmen (§ 35 Abs. 1 FlurbG).

III. BEGRÜNDUNG ZUM FLURBEREINIGUNGSBESCHLUSS

Die Voraussetzungen des § 1 FlurbG sind gegeben.

Die Grundstücke des Verfahrensgebietes sind teilweise für die jeweilige Nutzung ungünstig geformt. Die Gemarkung ist durch Wirtschaftswege unzureichend erschlossen. Eine neuzeitliche, den heutigen betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen entsprechende Bewirtschaftung ist derzeit eingeschränkt. In vielen Fällen sind die Grundstücke nur über sogenannte Anlieger- und Anwandwege zu erreichen. Eine rechtlich gesicherte Zu- und Abfahrt besteht hier nicht.

Die Flurbereinigung ist ein anerkanntes Instrument zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft.

Neben agrarischen Anliegen hat die Flurbereinigungsbehörde gemäß § 37 FlurbG im Interesse einer sachgerechten Weiterentwicklung des ländlichen Raumes dafür Sorge zu tragen, daß die vielschichtigen flächenbezogenen Interessen durch eine sinnvolle Bodenordnung ausgeglichen werden, die auf eine Verbesserung der Naherholung und der Landschaftspflege unter besonderer Berücksichtigung der ökologischen Ausgleichsfunktion hinzielen.

So gilt es, zur Pflege der Kulturlandschaft eine Restlandwirtschaft zu erhalten. Dazu ist eine Verbesserung der Agrarstruktur erforderlich. Aus den über 7.400 Flurstücken der Gemarkung Bliesen gilt es, rationell bewirtschaftbare Einheiten zu schaffen, die auf ganzjährig befahrbaren Wegen erreichbar sind. Die vorhandene durchschnittliche Flurstückgröße von 17,0 a verdeutlicht die Notwendigkeit.

Bei der Entwicklung zu einem reinen Wohnstandort darf die Entwicklung der Landschaft als Wohnumfeld nicht übersehen werden, zumal dieser in der landesplanerischen Zielsetzung eine besondere Bedeutung zugemessen wird.

In der Ortslage ist die Mehrzahl der ausgebauten Ortsstraßen noch nicht vermessen und eigentumsrechtlich geregelt. Für die Neuvermessung und die damit verbundene Regelung der Eigentumsverhältnisse besteht daher ein dringendes Bedürfnis.

Die Beseitigung struktureller Mängel im agrarischen wie außeragrarischen Bereich sowie die Zielsetzungen der Dorferneuerung lassen sich nur in einem Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz verwirklichen.

Die Stadt St. Wendel hat aufgrund des Beschlusses des Stadtrates vom 22.02.1990 beim Bodewirtschaftsamt St. Wendel die Durchführung eines Flurbereinigungsverfahrens befürwortet.

Die Stadt ist ferner dabei, ein Dorferneuerungskonzept zu erstellen. Durch eine parallel laufende Bodenordnung nach dem Flurbereinigungsgesetz können Dorferneuerungsmaßnahmen im öffentlichen wie im privaten Bereich wirkungsvoll unterstützt bzw. ermöglicht werden.

Die am Verfahren voraussichtlich beteiligten Grundstückseigentümer sind in einer Versammlung am 31.05.1990 über das geplante Flurbereinigungsverfahren einschließlich der voraussichtlich entstehenden Kosten aufgeklärt worden. Die Landwirtschaftskammer, der Minister für Umwelt, die Gemeinde und der Landkreis sind gehört worden. Die Unterrichtung der weiteren Planungsbehörden (§ 5 Abs. 3 FlurbG) ist erfolgt.

Damit sind die Voraussetzungen zur Einleitung des Flurbereinigungsverfahrens gegeben.

Im Auftrag

Keller

